

2579/AB XX.GP

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2742/J-NR/1997, betreffend Befürchtungen des Forschungsförderungsfonds, daß Mittel aufgrund des Technologiepakets halbiert werden, die die Abgeordneten Mag. TRATTNER und Kollegen am 10. Juli 1997 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Wie stehen Sie zu der Annahme des FFF-Präsidenten Werner Frantits, daß die Abschaffung des Fördermix mit Forschungsdarlehen das Ende des FFF bedeuten würde
2. Auf welcher Grundlage basiert die Entscheidung diesen bewährten Fördermix abzuschaffen?
3. Bedeutet der „Hochleitner-Schmidt-Plan“ nicht eine massive Beschränkung der Aufgaben des Forschungs-Förderungs-Fonds in dem Sinne, daß nur mehr Klein- und Mittelbetriebe gefördert werden dürfen?
4. Kann eine solche Förderungsbeschränkung in der Praxis überhaupt umgesetzt werden?
5. Worin liegt der Sinn in dieser Förderbeschränkung?

Antwort:

Da die Zuständigkeit für den Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft durch die Novelle zum Bundesministeriengesetz 1986 bzw. zum Forschungsförderungsgesetz 1982, BGBl. Nr. 1105/1994, auf den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten übergegangen ist und die Beantwortung der Anfrage daher nicht mehr in meinen Kompetenzbereich fällt, muß ich die anfragenden Abgeordneten an meinen nunmehr zuständigen Regierungskollegen verweisen.

6. Gibt es von selten des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr ernsthafte Überlegungen die Forschungsausgaben von derzeit 1.5 % des BIP auf 2 % des BIP zu erhöhen?

Anfrage:

Bereits im Koalitionsübereinkommen der Regierungsparteien vom 11. März 1996 ist vorgesehen, daß Teile der Privatisierungserlöse an die Forschungs- und Technologieförderungen zugeführt werden. Im Auftrag des Bundeskanzlers haben darüber hinaus die Technologiebeauftragten ein Konzept für eine Technologieoffensive für das 21. Jahrhundert ausgearbeitet, welches eine deutliche Erhöhung der Gesamtausgaben für F&E vorsieht. Die Umsetzung des Konzeptes wird derzeit im Detail beraten. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr wird in seinem Bereich die erforderlichen Maßnahmen treffen. Erste Ergebnisse der dafür eingesetzten Arbeitsgruppen sollen im September vorliegen.

7. Wenn ja, was würde diese Erhöhung der Forschungsausgaben für das internationale Forschungsranking Österreichs bedeuten?

Antwort:

Mit einem Anteil von 2 % der gesamten Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt würde Österreich (gemäß derzeit vorliegenden internationalen Vergleichsdaten) knapp über dem Schnitt der europäischen Union und knapp unter dem Schnitt der gesamten OECD- Länder liegen. Dieser betrug 1994 für den OECD- Bereich 2,15%, für den Bereich der EU 1,91 %.